



Zur Rente



Derzeit werden einige Halb- und Unwahrheiten in der Öffentlichkeit plaziert.

Es wird z.B. kritisiert, daß die Renten zum 1. Juli lediglich um 0,6 % steigen sollen, obwohl die Preissteigerungsrate im März höher war.

Wie hoch die Rate für das ganze Jahr ausfallen wird, ist aber doch noch gar nicht absehbar. Und darum orientieren wir uns an der Preissteigerungsrate des Vorjahres. Diese betrug im letzten Jahr durchschnittlich 0,6 %. Wird sie in diesem Jahr höher liegen, so steigen die Renten zum 1. Juli 2001 dementsprechend stärker an, auch wenn die Preissteigerungsrate dann vielleicht viel niedriger liegt.

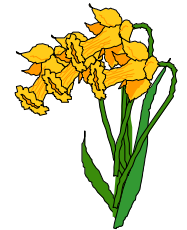
Dadurch erwarten wir ein Einsparvolumen von etwa 3 %.

Trotzdem haben sich die Rentner im Vergleich zu den Maßnahmen des von der alten Regierung beschlossenen Reform-

gesetzes 1999 nicht verschlechtert. Die sogenannte Standardrente (Rente nach 45 Beitragsjahren mit Durchschnittsverdienst) liegt am 1. Juli 2000 fast exakt bei dem Betrag, der sich mit dem sogenannten Demografiefaktor 1999 ergeben hätte: Die Differenz beträgt in West-Deutschland gerade mal 2,58 DM im Monat.

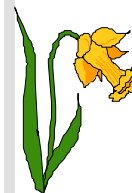
Die Beitragszahler zahlen aber im Vergleich zum März 1999 einen ganzen Prozentpunkt weniger an Beitrag in die Rentenversicherung. Ohne die Maßnahmen der rot-grünen Regierungskoalition läge der Beitrag heute aber um 1,1 Prozentpunkte höher. Beitragszahler und Wirtschaft werden in diesem Jahr um 16,5 Milliarden Mark entlastet.

Dem Rentenversicherungssystem geht es wesentlich besser als noch vor einem Jahr. Als wir im Herbst 1998 angetreten sind,



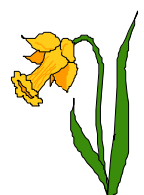
Moment mal...

... bei der Anti-Green-Card-Aktion des ehemaligen Zukunftsministers Jürgen Rüttgers („Kinder statt Inder“) werden die Bürgerdaten akribisch gesammelt. Die CDU setzt dabei eine Datenbank ein, die vor vielen Jahren von einem Inder namens Umang Gupta entwickelt wurde...

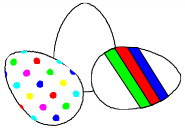


In dieser Ausgabe:

Zur Rente	1
Zu den Tarifabschlüssen	2
Ostergrüße	2
Familien werden gefördert	3
Deutschland in Europa	3
Zur CDU	4



Fortsetzung auf Seite 4



Zu den Tarifabschlüssen

Nach langen Verhandlungen haben sich die IG Metall und die Arbeitgeber im Tarifbezirk Nordrhein-Westfalen auf einen Abschluß geeinigt, der ein Zeichen gesamtwirtschaftlicher Verantwortung setzt und sich nahtlos in das Bündnis für Arbeit einpaßt. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwei Jahren.

Die Tarifpartner haben sich auf ein Modell ("Beschäftigungsbrücke") geeinigt, das, auf der bereits bestehenden Altersteilzeit aufbauend, in den nächsten drei Jahren rund 370 000 Arbeitnehmern erlaubt, mit 60 in Rente zu gehen. Der Vertrag beinhaltet einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit für zunächst 4 % der Beschäftigten, ab Mai 2002 dann für 5 %. Die "Beschäftigungsbrücke" ermöglicht den Einstieg in die Altersteilzeit mit 57 und den Übergang zur Rente mit 63. Die IG Metall erwartet sich davon das Entstehen von ca. 142 000 neuen Jobs. Darüber hinaus erhalten die rund 750 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab dem 1.5. 2000 drei Prozent mehr Lohn und Gehalt. Vom 1. Mai des Jahres 2001 werden die Löhne und Gehälter noch einmal um 2,1 % erhöht. Hinzu kommt für die Beschäftigten für den Monat März eine Einmalzahlung von 165 DM, Auszubildende erhalten für eine Laufzeit von ebenfalls 24 Monaten drei Pro-

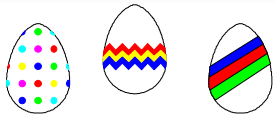
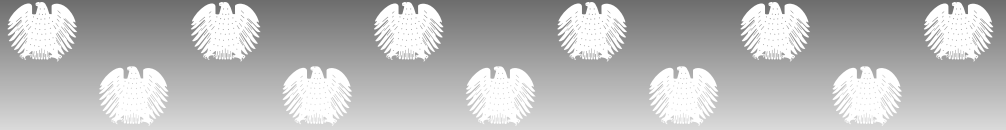
zent mehr Geld.

Mit der "Beschäftigungsbrücke" wurde die in der Kohl-Ära begonnene schleichende Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Metall-Branche gestoppt. Über die Einführung einer Altersteilzeitregelung für sechs Jahre ab dem 1.4. 2000 haben sich auch die Tarifpartner des westdeutschen Baugewerbes verständigt. Darüber hinaus beinhaltet der neue Tarifvertrag eine Einkommenserhöhung im Volumen von 4,2 % in zwei Schritten. Im Vertrag enthalten ist außerdem die Einführung eines sogenannten "Bau-Card". Sie soll

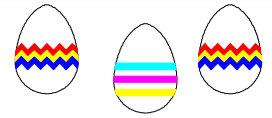
bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung behilflich sein. Auch dieser Abschluß ist positiv zu bewerten.



**Ein frohes und gesegnetes
Osterfest
wünscht Euch
Euer
Bodo Seidenthal**



Familien werden gefördert



Mit der vom Bundeskabinett beschlossenen Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes werden die Situation der Familien und die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter verbessert. Die seit 1986 unveränderten Einkommensgrenzen werden um ca. 10 % erhöht und der Kinderzuschlag für jedes weitere Kind um 14 % aufgestockt. Neu eingeführt wird das "Budget-Angebot", wonach Eltern, die nur ein Jahr Erziehungsgeld in Anspruch nehmen, künftig statt maximal 600 DM bis zu 900 DM erhalten. Außerdem haben Väter und Mütter in Zukunft die Möglichkeit, den Erziehungsurlaub gemeinsam zu nehmen. Bisher war es nur möglich, daß sie sich abwechselten. Ferner werden die Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit von z.Zt. 19 Stunden

auf bis zu 30 Wochenstunden pro Elternteil erweitert. Das hat vor allem für Frauen den Vorteil, daß sie nicht völlig aus dem Berufsleben aussteigen müssen. Eine wichtige Neuregelung ist die gesetzliche Verankerung eines Rechts auf Teilzeitarbeit während des Erziehungsurlaubs. Der Anspruch gilt in Betrieben mit mindestens 15 Beschäftigten. Mehr Flexibilität erhalten Eltern auch durch das Angebot, mit Zustimmung des Arbeitgebers ein Jahr Erziehungsurlaub zwischen dem dritten und dem achten Geburtstag des Kinder zu nehmen, um so z.B. das erste Schuljahr begleiten zu können.

Wir werden das Gesetz vor Ostern in erster Lesung beraten. Ein weiteres Stück Familienförderung wird umgesetzt.



Deutschland in Europa

In der letzten Woche stand die Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den Ergebnissen der Sondertagung des europäischen Rates am 23./24. März in Lissabon auf der Tagesordnung des Plenums.

Die Ergebnisse des Gipfels sind ein Erfolg für die Bundesregierung und sie sind ein Fortschritt in der Sache: Die Zielvorgaben von 3 % Wirtschaftswachstum und 70 % Erwerbstätigenquote zeigen, daß die Beschäf-

tigungspolitik in Europa vorne steht und die Vollbeschäftigung als langfristiges Ziel für die Orientierung der wirtschaftlichen Dynamik.

Die in Lissabon vereinbarten Initiativen zum billigeren und einfacheren Zugang zum Internet und die europaweite Initiative, allen Schulen Internetzugänge bereitzustellen, zeigen, daß unser Sofortprogramm zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs in ganz Europa Anerkennung und Zustimmung findet.

Bodo Seidenthal, MdB

Büro:
Unter den Linden 50, Zi. 1073/75

Telefon: 030/227-7 38 66

Postanschrift:

Fax: 030/227-7 64 19

Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Katharina Fricke

Bürgerbüro:

Schuhstraße 24
38350 Helmstedt

Telefon: 0 53 51/59 98 28

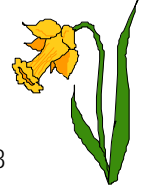
Ansprechpartnerin: Bärbel Mart

Wahlkreisbüro:

Schillerstraße 6-8
38440 Wolfsburg

Telefon: 0 53 61/1 51 75

Ansprechpartner: Bernd Telm



Zur CDU

Friedrich Merz hat einen schlechten Start erwischt. Es ist ihm gelungen, die Verbände der Wirtschaft, die bisher immer treu zur CDU gestanden haben, gegen die Union aufzubringen. So hat Herr Henkel erklärt: „Wir brauchen in der Steuerpolitik keine Nachhilfe von Herrn Merz.“

Die CDU-Fraktion legt aber weiter nach: Sie kritisiert, daß der DIHT dem Bundesfinanzministerium Adressen zur Verfügung gestellt

hat, um informieren zu können. Das hat der DIHT schon bei Theo Waigel so gehandhabt. Aber das ist halt christdemokratische Doppelmoral: Was Theo durfte, soll Hans nicht dürfen.

Den jüngsten rentenpolitischen Vorschlag von Herrn Merz hat der Generalsekretär der CSU als „verführten Aprilscherz“ bezeichnet, der CSU-Stellvertreter von Merz, Seehofer, als „Nonsens“ - was für ein Eigentor...



Fortsetzung von Seite 1



hatte die gesetzliche Rentenversicherung Rücklagen für 21 Tage. Wir haben diese Rücklage im letzten Jahr auf 26,3 Mrd. Mark aufgebaut. Damit wird erstmals seit 1994 wieder die gesetzlich vorgeschriebene Schwankungsreserve von einer Monatsausgabe in der Rentenversicherung erfüllt.

Fazit: Die Rentenversicherung ist in einem stabilen und gesunden Zustand. Wir müssen uns von der Opposition nicht vorhalten lassen, die Rentner durch die Rentenanpassung nach der vorjährigen Preissteigerungsrate über Gebühr zu belasten. Wir haben endlich ernst gemacht mit dem Versprechen, die Lohnnebenkosten zu senken. Und die Rentenversicherung verfügt endlich über die

Rücklagen, die sie braucht, um vor Unwägbarkeiten gewappnet zu sein.

Trotzdem kann das alles nur ein erster Schritt sein. Nun geht es darum, die Rentenversicherung langfristig zukunftssicher zu machen. Dazu gehört, daß die Sozialversicherungsrente durch eine breitere Eigenvorsorge und eine breitere Entfaltung der betrieblichen Altersversorgung ergänzt wird. Auch die Hinterbliebenenrente muß geänderten Ansprüchen gerecht werden. Außerdem ist es notwendig, die Rentenversicherung in den unteren Einkommenschichten armutsicher zu machen.

Daran arbeiten wir mit Hochdruck!

